

### Zum Wahlprogramm der FDP

„In der liberalen Bürgergesellschaft entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft Deutschlands. Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen. Denn durch sie wird Politik gestaltet. Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger.“ So lautet der zweite Absatz der Präambel zum Wahlprogramm der FDP, das der Bundesparteitag im Mai 2009 beschlossen hat. Kraftvoll und wortmächtig wird hier, wie ich meine, eine Gesellschaft skizziert, in der bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Funktion zu haben scheint. Nimmt man zu dieser Programmatik den ersten Satz des Wahlprogramms hinzu, „Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik“, entsteht geradezu ein Idealbild der vom Menschen her bestimmten Bürgergesellschaft, in der Staat, Markt und Zivilgesellschaft gleichrangige Arenen des gesellschaftlichen Handelns bilden. Diese Gesellschaft, „geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ... der Menschenwürde verpflichtet“ könnte den Nährboden für eine Zukunft bilden, in der eben nicht der *homo oeconomicus* und schon gar nicht die staatliche Gewalt die Definitions- und Gestaltungsmacht innehaben. „Wir setzen uns für mehr Freiheit und Verantwortung ... ein“, heißt es im dritten Absatz. Der Satz könnte die Ankündigung dafür bilden, dass dem bürgerschaftlichen Engagement, dem selbstermächtigten und selbstorganisierten Handeln für das allgemeine Wohl im nachfolgenden, fast 80-seitigen Wahlprogramm zentrale Aussagen zugeordnet werden, ja dass sie die zentrale Aussage schlechthin bilden. Inwieweit dies zutrifft, will ich im Folgenden untersuchen.

1. Der Anspruch wird weithin nicht eingelöst. Zwar werden die Menschen- und Bürgerrechte, das Fundamentalziel der Zivilgesellschaft, im Folgenden mehrfach angesprochen; in der Tat ist es gut zu wissen, welchen Rang die liberale Partei dem Kampf um Menschenrechte zumisst. Aber dass diese überhaupt nur mit einer starken Zivilgesellschaft zu erkämpfen sind, wird unterschlagen. Vergessen sind offenkundig die Kämpfe um Menschen- und Bürgerrechte, die engagierte zivilgesellschaftliche Gruppen in den Jahren vor 1989 gegen den erbitterten Widerstand der Staatsmacht in Ostdeutschland und ganz Mittel- und Osteuropa geführt und

gewonnen haben. Allein auf dem diplomatischen Parkett werden sie auch in Lhasa und Teheran nicht gewonnen werden.

2. Das Wahlprogramm umfasst nach der Präambel sechs weitere Kapitel. In drei davon ist von Bürgerengagement und Zivilgesellschaft überhaupt nicht die Rede, in zwei weiteren kaum. Von einer Querschnitts- oder gar Zentralfunktion kann insofern keine Rede sein. Zum Beispiel fehlt mir dies im Kapitel 6, wo es um „Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt“ geht. Sieht man davon ab, dass in Abschnitt 13 (wie schon im Kap. 3, Abschn.11), je einmal von mehr Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene die Rede ist, kommen Bürgerin und Bürger hier eigentlich gar nicht vor. Dass das Zeitalter der internationalen Kabinettpolitik schon seit einigen Jahrzehnten vorbei ist, dass die „kommunikative Macht“ der Zivilgesellschaft heute unter völliger Vernachlässigung alter Grenzen „im Modus der Belagerung“, wie Jürgen Habermas dies einmal auf den Punkt gebracht hat, wirksam und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird, findet im Wahlprogramm keinen Niederschlag. Ein Diskurs über die international operierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch NGOs genannt, findet nicht statt. Ihre Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bleibt unerwähnt.
3. Dass Staat und Zivilgesellschaft sich in der Entwicklung der Gesellschaft und gerade auch in der Beförderung des sozialen Wandels gelegentlich als Kontrahenten gegenüberstehen, ist ebenso wenig zu bestreiten, wie dass es in einem Wahlprogramm primär um die staatliche Arena geht. Hier herrscht Wettbewerb im Kampf um beste Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen. Doch sind beide Arenen zugleich aufeinander angewiesen, und zwar gerade nicht deswegen, weil das sich in der Zivilgesellschaft konzentrierende bürgerschaftliche Engagement eine preiswerte Humanressource im Angebot der Dienstleistungen des Staates darstellt, sondern weil es als Produzent von sozialen Gütern wie Inklusion und Integration, Respekt und Reputation, Partizipation und sozialem Kapital unverzichtbar ist, von der Wächter- und Themenanwaltsfunktion vieler Organisationen und ihrer Mitglieder einmal ganz abgesehen. Von alledem ist nirgendwo die Rede, sieht man einmal von einer kursorischen Erwähnung des Verbraucherschutzes ab.
4. Dies wird beispielsweise dort deutlich, wo es (in Kap. 4, Abschn. 2) um Bildungseinrichtungen geht. Unsere Schulen bilden, wie viele Untersuchungen zeigen, primär dazu heran, sich in Hierarchien einzuordnen. Sie sind Brutstätten der Staatsgläubigkeit, die in der Präambel des Wahlprogramms angeprangert wird. Daher müsste an dieser Stelle neben der völlig berechtigten Forderung, die priva-

ten Schulen endlich von dem abqualifizierenden Titel und Status der Ersatzschule zu befreien und sie als gleichberechtigte Schulträger zu sehen auch die Forderung stehen, alle Schulen zu Orten zu machen, an denen bürgerschaftliches Engagement vorgelebt und eingeübt wird. Jugendfreiwilligendienste, deren Ausbau im Kapitel 2, Abschnitt „Soziale Dienstleistungen marktwirtschaftlich gestalten“ zu Recht gefordert wird, sollten als das erkannt werden, was sie sind: Schulungsorte, an denen das Arbeiten für das allgemeine Wohl in allen Arenen in hervorragender Weise erfahren und erlernt werden kann. Mit der originären Handlungslogik des bürgerschaftlichen Engagements darf dies nicht, wie dort geschehen, gleichgesetzt werden.

5. Ein Feld, in dem der Staat auf die Bürger besonders hören muss, wenn das Ergebnis verträglich sein soll, ist die Stadtentwicklung, die Entwicklung des ländlichen Raums wohl ebenso. Top-Down-Modelle der Bürgerbeteiligung haben sich als untauglich erwiesen. Dort geht es um Planung, der Mensch steht eben nicht im Mittelpunkt. Wir müssen aber von der Stadtplanung zur Stadtentwicklung kommen, dabei Selbstermächtigung und Selbstorganisation ermuntern, zwischen unterschiedlichen Bürgerinteressen moderieren, damit alle Beteiligten auf gleicher Augenhöhe gemeinsam gestalten. Von alledem steht im Kapitel 5, Abschnitt 7, unter der Überschrift Stadtentwicklung nichts.
6. Immerhin ist ein kurzer Abschnitt (Kap. 3, Abschn. 6) dem bürgerschaftlichen Engagement als solchem gewidmet: „Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden Staat. Ziel der FDP ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen. ... Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zertifikate erhalten, diese sollen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei Beförderung sowie in der Schule bei Zeugnissen berücksichtigt werden.“ Auch dass die Schule hier doch noch erwähnt wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier ein ganz und gar konventionelles, im Grunde überholtes Bild des Engagements beschworen wird, das nicht die innovativen Ansätze aufgreift, die es überall im Land geradezu massenweise gibt. Es bildet die politischen und gesellschaftlichen Funktionen dieses Engagements, ebenso wenig ab wie die Palette der Optionen. Wenn das, was in der Präambel steht, ernst gemeint ist, kommt es nicht so sehr auf Seniorenbüros und Zertifikate an, sondern darauf, dass die Politik Zivilgesellschaft und Engagement von der Randzone des Netten und Nützlichen in die Kernzone des Notwendigen, Wichtigen, Unverzichtbaren holt. Das ist gemeint,

wenn die Präambel sagt, die Bürgergesellschaft schöpfe ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Zivilgesellschaft kann das vermutlich auch allein, aber gemeinsam wäre es besser.

7. Von den wesentlichen Themen, denen sich bürgerschaftliches Engagement widmet, werden die Sozial- und der Entwicklungsthematik gar nicht darauf bezogen, der Bildungsbereich kaum. Abschnitt 16 des 3. Kapitels ist zwar dem Sport gewidmet, doch bleibt auch hier der Bezug zum bürgerschaftlichen Engagement im Konventionellen stecken: „Wir müssen das sportliche Ehrenamt stärken. Ohne den Einsatz der Freiwilligen wäre vor allem die Arbeit in den kleinen Vereinen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die FDP unterstützt ein stärkeres Engagement von Frauen auf allen Ebenen des Sports.“ Solche Sätze stammen von alten Männern, nicht von Frauen des 21. Jahrhunderts.

Vielleicht werden manche bedauern, dass die Stiftungen nicht wie in früheren Programmen ausführlich zum Gegenstand politischer Forderungen gemacht werden. Angesichts des Erreichten in den Rahmenbedingungen braucht dies nicht allzu sehr zu verwundern. Mich verwundert eher, dass bei der Behandlung der Umweltthematik zwar viel richtiges festgestellt und gefordert, aber überhaupt kein Zusammenhang zum Engagement der Bürger hergestellt wird. Hat nicht gerade dieses, vielfach gegen erbitterten Widerstand von Markt und Staat, dazu geführt, dass Deutschland heute bei allen Defiziten in Umwelttechnologie und Umweltschutz führend ist?

Einzig das Thema Kultur (Kap. 3, Abschn. 12) ist vom Grundgedanken des Engagements tatsächlich beseelt. Woran das liegt, kann man vermuten. „Kultur von allen“ – ein Satz, der mir bekannt vorkommt – taugt jedenfalls in der Tat als Schlagwort für eine vom Bürger her bestimmte und durch Engagement geprägte Kulturszene. Von den Bürgern her bestimmt: So definiert sich in der Tat die Bürgergesellschaft.

8. Im zusammenfassenden Schlusskapitel ist von Bürgerengagement und Zivilgesellschaft gar keine Rede. Dies zeigt mir, dass die Delegierten und Mitarbeiter der FDP und nicht zuletzt die Redakteure des Textes in ihrer Mehrheit den Paradigmenwechsel noch nicht vollzogen haben, den eine liberale Partei programmatisch leichter vollziehen könnte als andere, der ihr ein Alleinstellungsmerkmal besonderer Art sichern würde und der sich am Anfang des Wahlprogramms auch ankündigt: den Wechsel zur Partei des 21. Jahrhunderts, zur Partei der Bürgergesellschaft, die nicht nur im Markt, sondern auch im allgemeinen Wohl auf „die Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger“ setzt. In den kommenden Jahren wird unsere ganze Gesellschaft den Paradigmenwechsel vollziehen müs-

sen. Sie wird sich, aufbauend auf der Kommunikation, die wir schon haben und antwortend auf die Herausforderungen der Energieversorgung, der Produktion und der Dienstleistungen, die wir meistern müssen, an den Maßstäben abarbeiten, die die neue Zivilgesellschaft und das neue Engagement setzen. Die Politik tut gut daran, diesen Weg konsequent einzuschlagen. Dazu allerdings brauchen wir eine stringente Zivilgesellschafts- und Engagementpolitik.

So ist die Präambel in der Tat das, was der Name sagt: Eine Präambel nicht nur zu einem Wahlprogramm, sondern zu einer Neujustierung von liberaler Politik; es gilt, das, was dort angekündigt ist, durchzudeklinieren. Nur dann nutzen wir die Kreativität, und nur mit dieser meistern wir die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

**Rupert Graf Strachwitz** ist Gründer und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität Berlin und seit 1989 geschäftsführender Gesellschafter der Maecenata Management GmbH.

**Kontakt: [rs@maecenata.eu](mailto:rs@maecenata.eu)**